

**Steuer-  
erklärungen**Schnell und zuverlässig.  
Kosten nach Offerte.Durch erfahrenen  
Steuerkommissär.Urs Moser  
Zürich  
Telefon 079 352 92 16

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

FÜR EINE FAIRE VERKEHRSFINANZIERUNG: STRASSENABGABEN FÜR DIE STRASSENINFRASTRUKTUR EINSETZEN

«Milchkuh-Initiative» jetzt unterschreiben!  
Bitte füllen Sie den beiliegenden Unterschriften-  
bogen aus und senden Sie diesen umgehend  
an das Komitee. [www.milchkuh-initiative.ch](http://www.milchkuh-initiative.ch)

## Die Milchkuh-Initiative ist lanciert!

Die Milchkuh-Initiative hat ein einfaches, klares Ziel: Die Einnahmen aus dem Strassenverkehr sollen konsequent in die Strasseninfrastruktur investiert werden. Sodann soll jede Einführung oder Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben im Bereich des Strassenverkehrs dem fakultativen Referendum unterstehen. Für diese Anliegen und gegen die behördlichen Raubzüge auf das Portemonnaie der Autofahrer kämpft ein breit abgestütztes, überparteiliches Komitee, in welchem auch die SVP prominent vertreten ist.

WALTER FREY  
ALT NATIONALRAT  
KÜSNACHT

Am Dienstag, 5. März, fiel der Startschuss zur Unterschriftensammlung der eidgenössischen Volksinitiative für eine faire Verkehrsfinanzierung («Milchkuh-Initiative»). Vertreter von SVP, FDP, CVP, aber auch der Schweizerische Gewerbeverband, ASTAG und die Vereinigung der Schweizer Automobil- und Nutzfahrzeug-Importeure kämpfen miteinander für die Anliegen der Strassenbenützer. Hauptanliegen der «Milchkuh-Initiative» ist die konsequente Einhaltung des Verursacherprinzips: Steuern, Gebühren und Abgaben der Strassenbenützer sollen künftig vollumfänglich der Strasse zugutekommen.

### Chaotische Finanzflüsse

Um diese Zweckbindung der Strassengelder zu erreichen, bedarf es einer Änderung von Artikel 86 der Bundesverfassung, welcher den Verwendungszweck der Einnahmen aus der Autobahnvignette und der Verbrauchssteuer auf Treibstoffen regelt. Heute fließen jährlich 50 Prozent der Einnahmen aus der Mineralöl-Grundsteuer – das waren 2011 knapp 1,5 Mia. Franken – in die allgemeine Bundeskasse. Die Einnahmen aus dem Mineralölsteuereinzug und aus der Autobahnvignette fließen vollumfänglich in den Topf der sog. Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV). Dies ist allerdings weder verfassungsrechtlich noch gesetzlich verankert.

Die Initiative setzt denn auch hier den Hebel an und will zwei wichtige Punkte erreichen: Erstens soll der gesamte Reinertrag aus der Mineralöl-

steuer in Zukunft in den Strassenverkehr investiert werden. Zweitens soll in einem neuen Abs. 6 im Artikel 86 der Bundesverfassung die Zweckbindung dieser Strassengelder garantiert werden.

Schliesslich sollen die Mitspracherechte der Strassenbenützer gesichert werden: Beschlüsse, welche das Autofahren verteuern, sollen zwingend dem fakultativen Referendum unterstellt werden, um in jedem Fall eine Volksabstimmung zu ermöglichen. Ginge es nach den Plänen des Bundesrates und einer Mehrheit des Parlaments, sollen die Strassenbenützer finanziell noch stärker belastet werden. Jüngstes Beispiel ist die Erhöhung der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken. Sodann drohen den Autofahrern weitere finanzielle Belastungen: Der Klimarapport soll von bisher 1,5 Rappen pro Liter auf 5 Rappen erhöht werden. Im Entwurf zur Energiestrategie 2050 des Bundesrates wird eine Lenkungsabgabe vorgeschlagen, die längerfristig bis zu 50 Rappen pro Liter betragen soll. Auch das Bundesamt für Strassen (ASTRA) plant eine neue, zusätzliche Abgabe von 55 bis 70 Rappen pro Liter. Die Milchkuh-Initiative stellt sicher, dass Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die geplanten Erhöhungen abstimmen können.

### Noch mehr Geld für den öffentlichen Verkehr?

Den Initianten geht es nicht darum, die verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. Die Gelder, welche heute schon aus dem Topf der SFSV in den öffentlichen Verkehr fließen, werden von der Initiative nicht erfasst. Die Milchkuh-Initiative möchte vielmehr Transparenz schaffen und Kostenwahrheit herstellen.

Die politische Diskussionen in Bundesbern belegen: Im Bereich Verkehrsfinanzierung besteht immenser Handlungsbedarf. Zum einen stimmen die Schweizer in absehbarer Zeit über die für Autofahrer ruinöse VCS-Initiative und den Gegenvorschlag des Bundesrates (FABI-Vorlage) ab. Die Initianten der VCS-Initiative verfolgen das klare Ziel, die Bahninfrastruktur auf Kosten der Autofahrer weiter auszubauen. Gerade auf Druck dieser Initiative hin zeichnet sich in den diversen verkehrspolitischen Botschaften des Bundesrates eine klare Tendenz Richtung Ausweitung der Umverteilung von der Strasse auf die Schiene ab. Die Anträge der Verkehrskommissionen von National- und Ständerat lassen derweil wenig Hoffnung aufkommen, dass sich am Status quo bezüglich Verkehrsfinanzierung etwas ändert. Selbst viele bürgerliche Politiker haben sich davon verabschiedet, dieser von links-grün portierten Entwicklung angemessen Gegensteuer zu geben. Der private Verkehr und die Allgemeinheit werden definitiv zum Steuereintreiber für den öffentlichen Verkehr degradiert. Vor diesem Hintergrund ist die Initiative nicht nur nötig, sie ist überfällig.

### Funktionsfähige Strasseninfrastruktur wichtig für die Volkswirtschaft

Die Strasse ist für die Wirtschaft enorm wichtig. Sie bildet für unseren Wohlstand, das Wachstum und die Produktivität unseres Landes einen wichtigen Faktor. Nur dank einem leistungsfähigen und zuverlässigen Infrastrukturnetz können Menschen, Waren, Energie und Informationen rasch, billig und auch über grössere Distanzen punktgenau transportiert werden. Die Zahlen liefern den Be-

weis für deren Wichtigkeit: 2010 wurden 121 Mia. Personenkilometer auf Strasse und Schiene zurückgelegt. Nur 16 Prozent wurden auf der Schiene abgewickelt, fast 80 Prozent entfielen auf den motorisierten Strassenverkehr. Die Strasse ist unbestritten der wich-

tigste Verkehrsträger. Es wäre daher verheerend für alle, wenn der aktuellen Entwicklung nicht Einhalt geboten wird.

Mit der am Auto-Salon in Genf lancierten Milchkuh-Initiative haben wir jetzt die beste Gelegenheit dazu.

## EINLADUNG

zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung  
vom Dienstag, 19. März 2013, 20.00 Uhr  
Festsaal Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3, Winterthur  
**JA zum Schutz der Privatsphäre**

**Vorprogramm** (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)

- Musikalischer Auftakt  
Musikverein Veltheim, Leitung: Walter Greber
- Begrüssung durch Bezirksparteipräsident Daniel Oswald (SVP, Winterthur)

### Traktanden:

1. Begrüssung / Standortbestimmung NR Alfred Heer
2. **JA zum Schutz der Privatsphäre**
  - 2.1 Die Zerstörung der Privatsphäre – international und in der Schweiz  
Referent: Prof. Hans Geiger, em. Bankenprofessor (SVP, Weiningen)
  - 2.2 Neue Gesetzesvorschläge des Bundesrates: Gestärktes Misstrauen gegenüber dem Bürger – weitere Schwächung des Finanzplatzes  
Referent: NR Gregor Rutz (SVP, Küsnacht)
  - 2.3 Lancierung der Eidgenössischen Volksinitiative «JA zum Schutz der Privatsphäre»  
Weshalb eine Volksinitiative gegen den «gläsernen Bürger?»  
Referent: Thomas Matter (SVP, Meilen)
  - 2.4 Diskussion und Beschlussfassung über die Lancierung der Volksinitiative NR Alfred Heer
3. Verschiedenes



## Fotovoltaik



### Jetzt Offerte einholen

- günstiger dank Grosseinkauf über den Maschinenring
- Kostenlose Beratung
- Montage und Unterhalt vom Maschinenring



Präsentieren Sie Ihre Werbung bei der Leserschaft von «Der Zürcher Bote» im besten Licht.

**Also hier!**

print-ad kretz gmbh  
Tramstrasse 11  
8708 Männedorf  
Telefon 044 924 20 70  
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

**CCG**  
Event-Technik

CCG-Mietpark  
Bramenstrasse 8  
8184 Bachenbülach  
Tel. +41 (0)44 307 11 55  
www.ccg.ch

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Dietikon **HörCenter**

Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon  
Telefon 043 322 55 66

Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für **Gratis-Hörtest**

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung  
durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

## Kriminalstatistiken und ihre Reiniger



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Man las es nur bei «Tages-Anzeiger online»: «Sind Ausländer krimineller als Schweizer? – Ja, aber nicht alle Ausländergruppen im gleichen Ausmass.» Der Titel darüber lautete: «Von den Schwierigkeiten, die Ausländerkriminalität zu messen.» Selbstverständlich ist es schwierig. Die Wahrheit ist immer schwierig. Aber meistens doch irgendwie messbar. Das Institut für Kriminologie der Universität Zürich analysierte die schweizerische Strafurteilsstatistik von 1984 bis 2011. Das Resultat ist haarsträubend. Und das totale Schweigen aller andern Medien ebenso.

Im genannten Zeitraum explodierte die Ausländerkriminalität um rund 370 Prozent. Die steigende Zahl osteuropäischer Diebesbanden schlägt fett zu Buche. Am verheerendsten sieht es im Asylwesen aus: 2010 wurden von 36 116 Asylanten 17 251 strafrechtlich verurteilt. Jeder zweite Asylbewerber ist kriminell. Bei den verurteilten Vergehen gegen Leib und Leben, begangen von 18- bis 29-jährigen Männern, sind etwa 70 Prozent Asylanten, bei Drogendelikten sind es etwa 85 Prozent Asylanten, bei Gewalt etwa 70 Prozent Asylanten und bei Vermögensdelikten etwa 80 Prozent Asylanten. Die jungen männlichen Asylbewerber verüben 13,2-mal öfter Vermögensdelikte als gleichaltrige Schweizer.

Solche Zahlen übertreffen die kühnsten Stammtischfantasien. Und sie sind ein Desaster für Simonetta Sommaruga Asylpolitik. Aber auch ein Debakel für alle Medien, die solche Zahlen ignorieren. Man mag sich demgegenüber die öffentliche Hysterie gar nicht vorstellen, wenn eine Statistik ergäbe, dass 3 Prozent der Straftaten durch SVP-Mitglieder begangen würden. Dass gemäss «Tagi online» ein ehemaliger SP-Regierungsrat, ein Kulturwissenschaftsprofessor und eine Rechtspsychologin die Zürcher Kriminalstudie kleinredeten, gehört zum üblichen Vertuschen.

Hans-Rudolf Wicker, Ex-Professor für Sozialanthropologie an der Universität Bern, rief die Kriminologie-Wissenschaftler dazu auf, «Statistiken von diskriminierenden Aussagen zu reinigen». Was genau meint Wicker wohl mit diskriminierend? Das Wort «Ausländer»? Das Wort «Kriminalität»? Oder die Bezeichnungen «Tunesien», «Algerien» oder «Nigeria»? Der reinliche Reiniger offenbart die wochenzeitung immerhin seine wissenschaftliche Ethik: «Wir haben Marx ernst genommen. Es kommt darauf an, die Welt zu verändern.»

## BERICHT 2. WOCHEN FRÜHJAHRSSSESSION

### Probleme mit widersprüchlicher Gesundheitspolitik

Am 1. April 2010 wurde die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» eingereicht. Sie will die Hausarztmedizin sicherstellen, optimale Abklärungs- und Behandlungsmöglichkeiten garantieren und den Hausärztenachwuchs sichern. Kernpunkt der Initiative, mit der sich nach dem Ständerat nun der Nationalrat befasste, ist die Forderung, Hausärzte seien per Verfassungsartikel «als in der Regel erste Anlaufstelle für die Behandlung von Krankheiten und Unfällen sowie für Fragen der Gesundheitserziehung und Gesundheitsvorsorge zu positionieren».



HANS EGLOFF  
NATIONALRAT SVP  
AESCH ZH

Unser Zürcher Fraktionskollege Toni Bortoluzzi qualifizierte das Volksbegehren so: «Diese Initiative ist ein weiterer Versuch, das Gesundheitswesen nach dem Vorbild sozialistischer Staaten auszugestalten. Es ist einmalig, dass ein Berufsstand vom Staat eine Garantie zur Ausübung seines Berufes verlangt. Aus liberaler Sicht ist dieses Anliegen unverständlich, um nicht zu sagen verwerflich.»

Der Bundesrat hat sich gegen die Volksinitiative und für einen direkten Gegenvorschlag entschieden, ohne einer einzelnen Berufsgruppe in der Verfassung eine Sonderstellung einzuräumen.

Der Bund soll lediglich umfassendere Gesetzgebungskompetenzen bezüglich der Aus- und Weiterbildung sowie der Berufsausübung erhalten und sich an der Erarbeitung von Grundlagen zur Weiterentwicklung und Koordination der medizinischen Grundversorgung und des Aus- und Weiterbildungsangebots beteiligen. Der Nationalrat hat schliesslich einen eigenen Gegenvorschlag beschlossen. Aus Sicht des Initiativkomitees geht dieser inhaltlich in die richtige Richtung.

#### Medizinernachwuchs behindern?

Gleichzeitig stand die Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung von Medizinern (Ärztetopp) zur Debatte. Gemäss Nationalratsentscheid sollen die Kantone die Zulassung von Spezialärzten ab April 2013 bis längstens Ende März 2016 beschränken können.

Weil Ende 2011 die beschränkte Zulassung für Spezialärzte nicht mehr möglich war, kam es in einigen Kantonen zu einer Flut von Anträgen für Praxisbewilligungen. Besonders die Grenzkantone pochten auf eine Beschränkung. Wenn der Ständerat seiner Gesundheitskommission folgt, ist allerdings eine Rückweisung voraussehbar. Denn diese Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit behindert den Medizinernachwuchs und führt zu Fehlansätzen. Statt neuer Verbote wären innovative Lösungen für die Zulassung von Ärzten gefragt.

#### Gripen-Start missglückt

Der Ständerat stimmte zwar dem Kauf von 22 schwedischen Gripen-Kampfflugzeugen zu, doch lehnte er es ab, den Verpflichtungskredit von 3126 Milliarden Franken dafür freizugeben! Dies, weil die Kleine Kammer das gemäss Ausgabenbremse erforderliche absolute Mehr von 24 Stimmen mit nur 23 hauchdünn verpasste. In der Gesamtabstimmung hiess der Rat zwar

den Kauf der Kampfflugzeuge mit 22 zu 20 Stimmen bei einer Enthaltung gut. Ohne ein Ja zur Finanzierung ist dieser Beschluss jedoch wirkungslos.

Klärungsbedürftig bleibt, weshalb einzelne bürgerliche Ratsmitglieder entgegen den eigenen Fraktionsbeschlüssen dem Gripen die Gefolgschaft verweigerten. Solche «Risiko-Spielereien» sind verantwortungslos, wenn man bedenkt, dass dieses Rüstungsgeschäft letztlich wohl noch die Mehrheit der Stimmbürgerschaft überzeugen muss. Die Hoffnungen der sicherheitspolitisch ernst zu nehmenden Kräfte liegen nun auf dem Nationalrat, der die Rüstungsvorlage in der Sommersession (3. bis 21. Juni 2013) behandeln wird.

#### Steuerabzug für Weiterbildung

Wer sich aus- und weiterbildet, soll die Kosten dafür in unbegrenzter Höhe von den Steuern abziehen können. Dafür sprach sich der Nationalrat aus und lehnte eine vom Ständerat beschlossene Obergrenze von 12 000 Franken ab. Der unbeschränkte Abzug bedeutet Steuerausfälle von 15 Millionen Franken auf Bundesebene und von 70 Millionen Franken für Kantone und Gemeinden. Bei einer Obergrenze von 12 000 Franken hätten die Steuereinsparungen 10 Millionen Franken (Bund) respektive 50 Millionen Franken (Kantone und Gemeinden) betragen.

Angesichts des geringen Unterschiedes und wegen des anhaltenden Mangels an gut qualifizierten Personen sowie mit Blick auf die Zuwanderungsprobleme ist es wichtig, die Weiterbildung im eigenen Land glaubwürdig und dauernd zu fördern.

#### Polemik verdingt nicht

Bisher galt: Wer sich bildet, um den beruflichen Stand zu halten (Weiterbildung), kann die Kosten unbegrenzt abziehen, aber für Ausbildungen, die zum Aufstieg (mit besserem Einkommen und damit auch höheren Steuern) führen, dürfen keine Kosten abgezogen werden. Dass die Aus- und Weiterbildung künftig gleichermassen über Steuerabzüge gefördert werden soll, sorgte für heftige Kritik. Die Polemik hat zum Glück nicht verfangen. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Ebenfalls in der Kleinen Kammer ging es um die Frage, ob die Renten für Kinder von IV-Bezüglern gekürzt werden sollen. Der Ständerat hat nun wie der Nationalrat die umstrittene Massnahme aus dem zweiten Teil der 6. IV-Revision ausgeklammert. Die Gegner dieses Splittings beanstandeten, so würden die Sparmassnahmen pulverisiert. Dies entgegen dem Versprechen, das man dem Volk vor der Abstimmung über die befristete Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der IV gegeben habe.

## RETTUNG DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES SCHWEIZ

### Erbschaftssteuer: Die Zeche zahlt der Mittelstand

Die Parteileitung der SVP hat gegenüber dem Bundesrat ihre grosse Sorge im Zusammenhang mit den Folgen der kürzlich eingereichten Erbschaftssteuer-Initiative zum Ausdruck gebracht. Diese Initiative richtet bereits heute Schaden an. Eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Standort Schweiz wird auch hier einmal mehr auf dem Buckel des Mittelstandes und der kleinen und mittleren Unternehmen stattfinden, welche letztlich mehr Steuern zahlen und Arbeitsplätze abbauen müssten. Die SVP fordert den Bundesrat deshalb auf, die Initiative abzulehnen und rasch zur Abstimmung zu bringen. Nachfolgend der Wortlaut des Schreibens an den Gesamtbundesrat.



NATIONALRAT  
TONI BRUNNER  
PARTEIPRÄSIDENT  
SVP SCHWEIZ

Mit grosser Sorge haben wir von der Einreichung der Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» Kenntnis genommen. Die Volksinitiative will rückwirkend ab dem 1. Januar 2012 eine Erbschaftssteuer von 20 Prozent einführen. Diese Erbschaftssteuer wäre zusätzlich zu den bereits entrichteten Vermögenssteuern geschuldet. In der Schweiz ist die Besteuerung von Vermögen im internationalen Vergleich schon heute überdurchschnittlich hoch. Beides, sowohl eine Vermögens- wie auch eine Erbschaftssteuer, kennen nur wenige OECD-Staaten. Die meisten Kantone haben deshalb die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft, da diese einem massiven Standortnachteil entspricht. Schweden hat sowohl die Erbschafts- als auch die Vermögenssteuer eliminiert. In der Schweiz stammt ein grosser Teil des Steuersubstrates von relativ wenigen Steuerzahlern mit hohem Vermögen. Es ist sicher, dass viele – namentlich ausländische – aber auch schweizerische vermögende Steuerzahler das Land verlassen und auch nicht zuziehen werden – und zwar schon ab heute, alleine durch die drohende Möglichkeit einer solchen Regelung.

#### Unverzügliche Behandlung gefordert

Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer wäre deshalb ein massiver und kaum verkraftbarer Schlag für den Wirtschaftsstandort Schweiz und ruft früher oder später nach einer Steuererhöhung.

Betroffen wäre die gesamte Wirtschaft und alle Leute durch Verlust von Arbeitsplätzen und höhere Steuern, insbesondere auch viele kleine und mittlere Familienunternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und für welche eine Unternehmensübergabe an die nächste Generation mit einer Annahme der Initiative massiv erschwert würde. Die Verunsicherung ist seit Einreichung der Initiative gross. Die Vorlage entfaltet deshalb bereits jetzt negative Effekte auf den Standort Schweiz.

Diese Initiative stellt heute die grösste Bedrohung der Arbeitsplätze und des Steuersubstrates dar. Diese Gefahren müssen unverzüglich abgewendet werden.

Wir bitten den Bundesrat deshalb eindringlich, die Initiative unverzüglich zu behandeln und diese dem Parlament in den nächsten drei Monaten ohne Gegenentwurf vorzulegen. Ziel muss sein, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger noch in diesem oder spätestens im kommenden Jahr über diese Initiative befinden können. Nur so kann möglichst rasch Rechtssicherheit hergestellt und der Schaden für den Standort Schweiz in Grenzen gehalten werden.

## Bürgerrecht: SVP für konsequente und harte Linie

In der Debatte zur Totalrevision des Einbürgerungsgesetzes kämpfte die SVP für eine konsequente und harte Linie und gegen die Tendenz, dass Einbürgerungen zum reinen Verwaltungsakt ohne hohe Anforderungen an die Ausländer verkommen.

rw. Zu befürchten ist in der Beratung der Eid. Räte eine weitere Verwässerung. Die SVP setzte sich zum Beispiel in der Nationalratsdebatte gegen die Verkürzung der Aufenthaltsfrist ein, bis ein Einbürgerungsgesuch gestellt werden kann – und unterlag. Sie enthielt sich in der Gesamtabstimmung über das Gesetz grösstenteils. Hans Fehr (SVP, ZH) machte in der Eintretensdebatte klar: «Die SVP-Fraktion wird dieser Revision nur zustimmen, wenn die Vorlage gegenüber dem jetzigen Stand und vor allem gegenüber dem Entwurf des Bundesrates deutlich verschärft wird. Es darf nicht sein, dass Leute, die die Anforderungen eindeutig nicht erfüllen, trotzdem eingebürgert werden. Es darf nicht sein, dass im Extremfall sogar jemand eingebürgert wird, der eigentlich ausgeschlossen werden müsste; das wird deutlich, wenn Sie sich den tragischen

Fall von Menzau vor Augen führen. Es ist klar: Rot-Grün, oder jetzt Rot, will nicht eintreten, und zwar aufgrund ihres klaren Programms, ihrer Ideologie, die da heisst: Jeder soll grundsätzlich in die Schweiz kommen können; jeder soll grundsätzlich bleiben können und am Wohlstand teilhaben können – solange es einen solchen gibt. Weil man die Massenzuwanderung nicht nur duldet, sondern fördert, muss man natürlich wiederum quasi mit einer Masseneinbürgerung reagieren, weil diese Massenzuwanderung enorme Probleme verursacht.» Die SVP setzte sich erfolgreich für eine Niederlassungsbewilligung als zwingende Voraussetzung für eine Einbürgerung ein. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Ob sie in dieser Form Bestand haben wird, ist völlig offen. Deshalb ist es noch zu früh, in dieser Sache eine genaue Bilanz zu ziehen.

## FORDERUNGEN DER SVP

### Genügend Mittel für eine glaubwürdige Landesverteidigung

Die SVP-Fraktion hat sich diese Woche mit den verbleibenden Geschäften der laufenden Frühjahrsession der eidgenössischen Räte befasst. Sie unterstützt insbesondere eine Motion, welche den Ausgabenplafond der Armee auf 5 Milliarden Franken festsetzen will. Im Weiteren stimmt die SVP-Fraktion der Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» zu.

SVP. Die jährlichen Ausgaben für die Landesverteidigung haben seit 1990 von über 6 Milliarden Franken auf den heutigen Stand von ca. 4,4 Mrd. Franken abgenommen (–20 %). Im gleichen Zeitraum haben sich die gesamten Bundesausgaben mehr als verdoppelt. Ein Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken, wie er vom Parlament mit dem Armeebudget 2010 be-

schlossen wurde, ist nötig, um eine glaubwürdige Landesverteidigung sicherzustellen. Für die SVP ist es nicht akzeptabel, dass der Bundesrat die Umsetzung des Bundesbeschlusses zum Armeebudget 2010 verweigert und der Armee die notwendigen Mittel nicht zugestehen will. Das Parlament muss diese unverständliche Haltung korrigieren.

## KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

### Sozialhilfe-Beiträge müssen überprüft werden

Diese Woche überwies der Kantonsrat ein Postulat mit dem Auftrag an den Regierungsrat, die SKOS-Richtlinien bezüglich Einkommensfreibetrag, Integrationszulage und minimale Integrationszulage bei der Sozialhilfe betragsmässig zu reduzieren. Zudem wurde über die schwierige Frage nach einer allfälligen Kostenüberwälzung bei Krawallen am 1. Mai diskutiert.



YVES SENN  
KANTONS RAT SVP  
WINTERTHUR

Zusammen mit der FDP und der EDU reichte **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) das Postulat zu den SKOS-Richtlinien ein. Gefordert wurde eine betragsmässige Reduktion des Einkommensfreibetrags, der Integrationszulage und der minimalen Integrationszulage bei der Sozialhilfe. Aufgrund des heutigen Sozialhilfesystems müsse festgestellt werden, dass sich Arbeit nicht immer lohne, so die Postulanten. Die Zulagen, als Anreizsystem gedacht, würden einen Schweleneffekt erwirken, welcher der Ablösung von der Sozialhilfe nicht dienlich sei. Dadurch entstünden Situationen, wonach Sozialhilfeempfänger besser gestellt werden als Personen im Arbeitsprozess. Sozialhilfe sollte im Sinne einer Überbrückungshilfe und nicht als dauerndes Ersatzeinkommen verstanden werden. Das Anreizsystem verfehle somit seinen ursprünglichen Zweck. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hält bei ihren Grundprinzipien explizit fest, dass unterstützte Personen materiell nicht besser zu stellen sind als nicht unterstützte, welche in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Die hilfesuchende Person ist zudem verpflichtet, alles Zumutbare zu unternehmen, um eine Notlage aus eigenen Kräften abzuwenden oder zu beheben. Darum soll der Regierungsrat in der Verordnung zum Sozialhilfegesetz begründete Abweichungen in eigener Kompetenz festhalten.

Claudio Schmid erklärte, dass mit diesen Änderungen den Problemen der Gemeinden wenigstens teilweise begegnet werden könne. Denn die angestrebte Revision des Sozialhilfegesetzes könne bis zu vier Jahren dauern.

Den Sozialbehörden in den Gemeinden solle damit die Möglichkeit gegeben werden, in begründeten Einzelfällen von den SKOS-Richtlinien abzuweichen. Heute sei dies im Kanton Zürich nicht möglich und werde vom Bezirksrat überwacht (siehe Kommentar rechts). **Willy Haderer** (SVP, Unteregstringen) stellte klar, dass der Regierungsrat in seinen Legislaturzielen die Ungerechtigkeit beheben möchte, dass ein Drittel der Sozialhilfebezügler besser gestellt sind als Personen mit einer Vollzeit-Anstellung. Darum solle nun wirklich auf dieses Anliegen eingetreten werden. Es sei nicht nötig, dass wir uns von den SKOS-Richtlinien abwenden, jedoch müsse sich die SKOS bewusst sein, dass Änderungen gemacht werden können, die solche Ungerechtigkeiten beheben. Das Postulat wurde mit 93 zu 72 Stimmen überwiesen.

#### Keine Kostenüberwälzung beim 1. Mai

Jahr für Jahr gibt es in der Stadt Zürich Ausschreitungen von roten Chaoten am 1. Mai. Mit einer Einzelinitiative verlangten zwei Bürger aus der Stadt Zürich, dass bei bewilligten Veranstaltungen, die der Ausübung des verfassungsmässig garantierten Demonstrationsrechts dienen, den Veranstaltern Kosten auferlegt werden können, wenn sie grobfahrlässig gegen Auflagen der Bewilligung verstossen und es bei Nachdemonstrationen zu Sachschäden oder zu einem massiven Polizeieinsatz kommt. Das heutige Gesetz sei vor allem im Umfeld mit den alljährlichen Nachdemonstrationen beim 1. Mai nicht gerecht, welche die Stadt bis zu einer Million Franken kosten würden, so die Initianten.

**Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf) erklärte in ihrer Funktion als Präsidentin der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, dass die Initianten in der Begründung des

Anliegens insbesondere Vergleiche von politischen Demonstrationen zu Sportveranstaltungen gezogen haben. Sportveranstalter würden zur Tragung der Kosten von Polizeieinsätzen herbeigezogen, nicht aber die Organisatoren politischer Kundgebungen. Der Initiant möchte darin einen Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot der Bundesverfassung sehen und folglich auch den Veranstaltern politischer Anlässe die Kosten für Polizeieinsätze auferlegen. Diesbezüglich sei aber sowohl aus Sicht des Regierungsrates als auch aus dem Standpunkt der Kommission festzuhalten, dass es bei der Durchführung von Veranstaltungen politischer Natur um ein verfassungsrechtlich schützenswertes Grundrecht handle. Den Veranstaltern von politischen Kundgebungen werden ebenfalls Auflagen gemacht, unter anderem auch in Bezug auf die Sicherheitsvorkehrungen, die sie kostenmässig selber zu tragen haben. Letztlich dürfen aber Auflagen und Kosten nicht dazu führen, dass diese Manifestationen eine inhaltliche Einschränkung erfahren oder gar nicht mehr durchgeführt werden können. Schliesslich werden die Organisatoren bereits nach geltendem Recht für die Kostenträger herangezogen, sofern sie grobfahrlässig gegen behördliche Auflagen verstossen haben. Müsst die Veranstalter für sämtliche Einsatzkosten bei Krawallen die volle Haftung auch für Ereignisse tragen, die sie kaum beeinflussen können, dürfte dies Chaoten geradezu zu solchen Krawallen ermuntern, da sie damit ihrer politischen Gegnerschaft noch mehr Schaden zufügen könnten. Die Kommission sehe darum in diesem Umstand eine kontraproduktive Seite der Einzelinitiative. Jedenfalls löse sie das Problem von gewalttätigen Ausschreitungen in keiner Weise. Der Kantonsrat folgte diesen Argumenten und lehnte die Einzelinitiative einstimmig ab.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### Fehlanreize in der Sozialhilfe müssen endlich eliminiert werden



CLAUDIO SCHMID  
KANTONS RAT SVP  
BÜLACH

Seit Jahren setzt sich die SVP dafür ein, dass Fehlanreize und Missbräuche im Bereich der Sozialhilfe eliminiert werden. Im Herbst 2012 reichte die SVP in Zusammenarbeit mit der FDP und der EDU im Zürcher Kantonsrat das Begehren ein, den Einkommensfreibetrag (EFB) zu reduzieren. Die Zürcher Sozialbehörden sind dauernd mit dem unnötigen Zustand konfrontiert, dass in nicht seltenen Fällen die Sozialhilfe lukrativer ist als gewöhnliche Arbeit auf dem betriebsrechtlichen Existenzminimum. Diverse Sozialvorstände wie auch Parlamentarier in der kantonsrätlichen Sozialkommission machen den Sozialdirektor auf diese Problematik aufmerksam. Seit Jahren beteuert Regierungsrat Mario Fehr wie auch seine Vorgänger, dass man sich dieser Problematik annimmt. Völlig überraschend verweigerte der Zürcher Regierungsrat im Dezember 2012 die Übernahme dieses Begehrens, weshalb es am vergangenen Montag zu einer Grundsatzdebatte mit einer Abstimmung kam. Mehrere Votanten warfen dem sozialdemokratischen Sozialdirektor, Mario Fehr, vor, einerseits untätig zu sein und anderer-

seits mit der vorliegenden Stellungnahme bewusst falsch zu orientieren.

So behauptet die Zürcher Regierung zum Beispiel in ihrer Stellungnahme, dass die Sozialbehörden die Möglichkeit hätten, in begründeten Einzelfällen von der Bemessung der Unterstützung nach SKOS Richtlinien abzuweichen. Gerade hinsichtlich von jungen Erwachsenen, die sich teilweise renitent verweigern und sich teilweise vom Staat üppig durchfüttern lassen, sind etliche Sozialbehörden machtlos bei der Durchsetzung harter Sanktionen. Kürzen die Sozialbehörden finanzielle Leistungen, gehen die Renitenten mit Hilfe von Personen aus der Sozialindustrie umgehend an die Aufsichtsbehörde und klagen ihr Recht, gestützt auf die starren SKOS-Richtlinien, ein. Die Bezirksräte stützten sich ausnahmslos auf das «ungeschriebene» Gesetz dieser Richtlinien und geben regelmässig den Renitenten Recht.

Mit der definitiven Überweisung des Postulats erwarten wir jetzt umgehend eine Kurskorrektur.

Obwohl der Sozialdirektor das Sozialhilfegesetz (SHG) total revidieren will und sich dafür mehrere Jahre Zeit lässt, sollten dringend nötige Reformen angepackt werden, weshalb die SVP-Fraktion weitere konkrete Vorstösse in den kommenden Wochen und Monate einbringen will.

## Auch Gäste und interessierte Parteimitglieder sind herzlich willkommen!

Ausserordentliche Delegiertenversammlung vom Dienstag, 19. März 2013, 20.00 Uhr, Festsaal Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3 Winterthur

«JA zum Schutz der Privatsphäre»

## DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... ein dringliches Postulat betreffend Kompensation der Zürcher Bevölkerung für die seit 1996 systematisch überhöhten Krankenkassenprämien überwiesen. ?
- ... ein Postulat betreffend NEAT ab Zürich ohne Spitzkehre für dringlich erklärt. ?
- ... die erste Lesung zum Zivilschutzgesetz abgeschlossen. ?
- ... ein Postulat betreffend Teilrevision des Sozialhilfegesetzes abgeschlossen. ?
- ... ein Postulat betreffend Schaffung einer Kantonalen Gewaltschutz-Zentrale abgeschlossen. ?
- ... eine Einzelinitiative betreffend Kostenüberwälzung auch bei 1. Mai abgeschlossen. ?
- ... eine Interpellation betreffend Aufmarsch der Rechtsextremen in Hombrechtikon mit Diskussion erledigt. ?
- ... ein Postulat betreffend Stand der Umsetzung von Tempo 30 und Begegnungszonen im Kanton Zürich abgelehnt. ?
- ... ein Postulat betreffend Einkommensfreibetrag, Integrationszulage und minimale Integrationszulage der Sozialhilfe überwiesen. ?

11. März 2013

## DER AKTUELLE VORSTOSS

### Findungskommission für die Rektorenwahl der Universität Zürich

Eine Findungskommission ist gegenwärtig daran, eine Vorauswahl («short list») für die Wahl eines neuen Rektors der Universität Zürich auf Sommer 2014 zu treffen.

Diese Kommission hat bereits zahlreichen Kandidierenden mit einem sechszeiligen Schreiben abgesagt. Ausser dem Präsidenten dieser Findungskommission, Herr Dr. Urs Oberholzer, ist der Öffentlichkeit kein ein-

ziger Name dieses äusserst wichtigen Gremiums bekannt.

In diesem Zusammenhang bitte Kantonsrat **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) den Regierungsrat um Beantwortung folgender Frage:

1. Wie heissen die Namen sämtlicher Mitglieder der Findungskommission für die Wahl eines Rektors der Universität Zürich und wie heisst deren Sekretär?

## ECKWERTE RECHNUNG 2012

### Wieder massive Aufwandsteigerungen

Zum wiederholten Mal schliesst die Rechnung des Kantons Zürich deutlich besser ab als erwartet. Das mag auf den ersten Blick erfreuen. Bei genauerer Betrachtung ist allerdings festzustellen, dass die dramatische Steigerung der Aufwände nur dank externer Faktoren aufgefangen werden konnte und so zu einem positiven Ergebnis geführt hat. Die Freude über das Resultat wird durch das unkontrollierte Ausgabenwachstum mehr als nur getrübt.

SVP. Der Regierungsrat hat letzte Woche die Eckwerte zur Rechnung 2012 präsentiert. Der budgetierte Ausgabenüberschuss von 82 Mio. Franken konnte um 187 Mio. Franken übertroffen werden. Das Resultat ist ein kleiner positiver Saldo von 105 Mio. Franken. Die Investitionen konnten aus verschiedenen Gründen nur zu 55 Prozent ausgeschöpft werden. Soweit die Fakten.

Nimmt man jedoch die vorhandenen spärlichen Informationen etwas

genauer unter die Lupe, trübt sich dieses erfreuliche Bild massiv. Der positive Abschluss wurde nicht aufgrund einer strikten Aufwandkürzung erreicht, sondern grösstenteils durch höhere Erträge. Davon entfallen 250 Mio. auf die höheren Steuererträge (inkl. Steuern früherer Jahre) und weitere 117 Mio. auf die nicht erwartete Gewinnausschüttung der Nationalbank. Der Aufwand überstieg das Budget hingegen um satte 126 Mio. Franken. Eine bedenkliche Entwicklung!

#### Wenig seriös und ohne Planung

Damit reiht sich der Abschluss 2012 in eine Reihe von Jahren ein, in denen nur dank Zufällen und externen Faktoren ein mindestens ausgeglichenes Ergebnis präsentiert werden konnte. Dies ist nicht das Verdienst der Regierung, sondern der nach wie vor prosperierenden Wirtschaft. Von Steuerungs- oder Gestaltungswillen der Regierung ist in der Finanzpolitik des Kantons wenig zu spüren. Ausgaben-seitig wird die «Laissez-faire-Politik»

weitergeführt. Nur per Zufall konnten die gesteigerten Erträge diesen wuchernden Aufwand im Verwaltungsapparat Jahr um Jahr ausgleichen. Eine seriöse und zukunftsorientierte Finanzpolitik sieht anders aus. Zudem bedingt eine zielführende Finanzpolitik eine seriöse Verbuchung aller Aufwandpositionen, was bei der Verbuchung Einmaleinlage BVK unterblieben ist.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Aussichten und die Entwicklung um

unser Land herum fordert die SVP deshalb, dass mit den Budgetvorgaben für das Jahr 2014 eine strikte Eindämmung des Aufwandes vorgenommen wird.

Sollte der Wirtschaftsmotor Zürich nämlich nur leicht ins Stottern geraten, würden die Kantonsfinanzen mit einer schweren Lungenentzündung darnieder liegen. Die SVP setzt sich weiterhin mit aller Kraft für einen schlanken Staat ohne unkontrolliertes Ausgabenwachstum ein.

## NATIONALRAT CHRISTOPH MÖRGELI BEI DER SVP RÜMLANG

## «Wer den Kampf scheut, schadet dem Frieden»

Nationalrat Christoph Mörgeli zeichnete vor der SVP Rümlang einen interessanten Querschnitt der aktuellen Politik. Stete Zuwanderung, die ungelösten Probleme im Asylwesen sowie die Personenfreizügigkeit sind die grössten Herausforderungen, vor denen die Schweiz steht.

SVP Rümlang. Prall gefüllt mit Zuhörern war das Sali des «Sorriso», als Präsident Peter Schindler seinen Gruss übermittelte. Mit Nationalrat Christoph Mörgeli stand ein hochkarätiges Parteimitglied vor den 40 erschienen SVP-Mitgliedern und Sympathisanten, darunter ein Drittel Frauen. In seinem rund vierzigminütigen Referat bot Mörgeli den interessierten Zuhörern unter dem Titel «Wer den Kampf scheut, schadet dem Frieden» einen Querschnitt durch die Partei-Ansichten zu aktuellen Problemen. NEIN zu sagen, wie beispielsweise zur verbreiteten Ansicht vieler Medien, die Schweiz sei eine abgeschottete Insel in Europa, sei für die SVP geradezu Verpflichtung. Die Gründe dafür sind mannigfaltig und seien hier summarisch erläutert:

Da ist die Zuwanderung in unser Land von 1,2 Millionen Menschen in den vergangenen 20 Jahren. Für die

Menschen wird der Platz stets knapper. Die perfekten Bedingungen in der Schweiz punkto Sicherheit, Sozialwesen, Entlohnung usw. sind der Magnet. Langfristig wird die Freizügigkeit gemäss Schengen-Vertrag zur Last, die das «Boot zum Sinken» bringen kann.

## SVP muss Gegensteuer geben

Ein allen bekanntes weiteres Problem stellt das Asylwesen dar. Verschärfungen sind ein dringliches Gebot. Von den gegenwärtig 30 000 Asylbewerbern pro Jahr sind zudem die allermeisten nicht an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge. Viele kommen aus durchaus sicheren Ländern. Sie kommen in die Schweiz, weil sie es besser haben wollen als zu Hause. Nicht zuletzt wegen unserer Sozialhilfe, mit der sich gut leben lässt. Viele kommen zudem mit kriminellen Absichten. Die von der SVP lancierte und in der

Volksabstimmung hoch angenommene Ausschaffungsinitiative ist der Bundesrat offensichtlich nicht gewillt umzusetzen, sondern sie wird verwässert. Gefährlich ist auch das Streben nach (schleichendem) EU-Beitritt, der nach aussen vom Bundesrat zwar in Abrede gestellt, durch die Übernahme von immer neuem EU-Recht jedoch permanent aufgeweicht wird.

Die verfehlte Energiepolitik wie auch die Aufgabe des Bankgeheimnisses sind weitere Belange, bei denen es nötig ist, dass die SVP Gegensteuer gibt.

Für diesen Querschnitt durch die aktuelle Schweizer Politik erntete Nationalrat Mörgeli einen kräftigen Applaus. Und noch selten wurden in der anschliessenden stündigen Diskussion an einem SVP-Stamm derart viele zustimmende Ansichten und vertiefende Fragen von den Teilnehmern angesprochen.

## GENERALVERSAMMLUNG DER SVP DIETIKON

## Wechsel im Präsidium

Im gut besuchten Restaurant Honeret stand die Wahl des Vorstandes im Zentrum der diesjährigen Generalversammlung der SVP Dietikon.

SVP Dietikon. Markus Erni tritt aus beruflichen Gründen von seinem Amt als Parteipräsident zurück. Der scheidende Präsident wird aber der SVP Dietikon weiterhin als Chef der Wahlkommission zur Verfügung stehen. Zur Nachfolgerin von Markus Erni wählte die Generalversammlung Astrid Dätwyler, die bisher für die Parteikasse zuständig zeichnete. Die SVP Dietikon bedankt sich an dieser Stelle bei Markus Erni für die geleistete Arbeit sowie den Einsatz zu Gunsten der Partei und wünscht gleichzeitig der neuen Präsidentin viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt. Der neu von Astrid Dätwyler präsidierte Vorstand wird durch Ralph Hofer als Vizepräsident, Daniela Howald als Aktuarin, Esther Wyss als Sekretärin, Alfons Florian als Kassier sowie Roger Bachmann als Fraktionschef und Mediensprecher komplettiert.

## Homepage überarbeitet

Der Parteivorstand konnte den an der Generalversammlung anwesenden Parteimitgliedern aber nicht nur von personellen Veränderungen und Neuigkeiten berichten, neu erscheint ab sofort auch der Internetauftritt der SVP Dietikon unter [www.svp-dietikon.ch](http://www.svp-dietikon.ch). Die Homepage der Partei wurde nicht zuletzt mit Blick auf die bevorstehenden Gemeindewahlen einem kompletten Facelifting unterzogen und wird ab sofort aktuell über die Aktivitäten der Partei und ihrer Exponenten informieren.

Die SVP Dietikon wird im laufenden Jahr diverse Anlässe organisieren, über die zu gegebener Zeit näher informiert wird – bereits fix ist die Durchführung des traditionellen 1.-Mai-Grillplauschs auf dem Hof von Kurt und Elsbeth Bräm im Basi, zu dem wiederum alle herzlich willkommen sind.



Stabübergabe: Markus Erni tritt die Verantwortung für die SVP Dietikon an Astrid Dätwyler ab.

## GENERALVERSAMMLUNG SVP STADT WINTERTHUR

## Alfred Heer zu Gast in Winterthur

Die SVP Winterthur hat am 7. März 2013 ihre Generalversammlung durchgeführt. Parteipräsident Daniel Oswald blickt im Jahresbericht auf ein ereignisreiches Jahr zurück.

Das vergangene Jahr stand im Zeichen der Ersatzwahlen für den Stadtrat.

Die Partei hatte mit dem Kandidaten, Kantonsrat René Isler, einen aktiven und engagierten Wahlkampf betrieben. Leider ist es nicht gelungen, in der Stadtregierung ein Sitz zu erringen. Gastreferent Alfred Heer, Parteipräsident

der kantonalzürcherischen SVP, erläuterte die Missstände in der Ausländer- und Migrationspolitik und bekräftigte die Standpunkte der SVP.

Nationalrätin Natalie Rickli hat nach ihrer Auszeit ihre politische Tätigkeit wieder aufgenommen und berichtete von der Frühjahrsession im Parlament.

## Steuergerechtigkeit wiederhergestellt



P. FREUDIGER  
STADTRAT SVP  
LANGENTHAL BE

«Steuerloch wegen Unternehmenssteuerreform». «Steuerreform: Ausfälle werden immer grösser». «Steuerloch wegen Unternehmenssteuerreform wird immer grösser»: Die Titel der Printmedien waren auffallend monoton, vom linken «Tages-Anzeiger» über die «Basler Zeitung» bis hin zur «Neuen Zürcher Zeitung», vom «Boten der Urschweiz» bis zur «Davoser Zeitung». Mehrere Tausend Unternehmen haben bis Ende des letzten Jahres gut 1008 Milliarden Franken Reserven aus Kapitaleinlagen zur steuerfreien Ausschüttung angemeldet.

Dies schreibt der Bundesrat in einer Antwort auf eine Anfrage von SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen. Zur steuerfreien Ausschüttung genehmigt worden sind bereits 923 Milliarden Franken.

Mit dieser Fixierung auf die Mindereinnahmen geht der Überblick für das Gesamte verloren: Die Schweiz konnte gerade eben ihre Staatsrechnung 2012 präsentieren. Die ordentliche Rechnung schliesst mit einem Überschuss von 1,3 Milliarden Fran-

ken ab! Budgetiert war «nur» ein ausgeglichener Haushalt. Während in ganz Europa Staaten vor dem Kollaps stehen, hat die Schweiz ihre Finanzen einigermaßen im Griff. Nicht vergessen werden darf zudem, dass die Schweiz nicht zuletzt aufgrund der Steuererleichterungen durch die Unternehmenssteuerreform II im härter werdenden internationalen Standortwettbewerb attraktiv bleiben kann.

Das Wichtigste aber ist: Bei Lichte besehen wären dem Staat die Einnahmen, deren Ausfall jetzt beklagt wird, gar nie wirklich zugestanden. Steuern werden nach der sogenannten Reinvermögenszugangstheorie erhoben. Der Grundgedanke ist einfach: Nur wo eine Person effektiv einen Mehrwert erhalten hat, soll sie auch Steuern darauf zahlen müssen. Ansonsten würde der Staat Menschen ganz direkt in die Armut treiben. Hauptgrund für die Mindereinnahmen aufgrund der Unternehmenssteuerreform II ist die Umstellung vom Nennwertprinzip auf das Kapitaleinlageprinzip. Die Prinzipien sind namentlich bei der Rückzahlung von Aktien und Stammanteilen an ihre privaten Eigentümer (z. B. im Rahmen einer steuerlichen Liquidation oder Teilliquidation) von

Bedeutung. Nach dem bisherigen Nennwertprinzip erhob der Fiskus immer dann Steuern, wenn die Rückzahlung den Betrag des Nennwerts einer Aktie oder eines Stammanteils überschritt. Das führte mitunter zu ungerechten Ergebnissen: Wer eine Aktie über dem Nennwert kauft und anschliessend im Rahmen einer Liquidation von der Gesellschaft den Gegenwert zurückerhält, konnte ebenfalls nur die Nennwertrückzahlung steuerfrei verbuchen. Das darüber hinausgehende sogenannte Agio (Aufgeld) musste er besteuern, obwohl er just diese Summe vorher für den Aktienkauf investieren musste. Ein Reinvermögenszugang liegt in dieser häufig anzutreffenden Konstellation nicht vor, trotzdem griff der Fiskus zu.

Mit dem neuen Kapitaleinlageprinzip wird diese Ungerechtigkeit korrigiert. Diese Umstellung führt nicht etwa zu «Steuergeschenken», wie es im sozialdemokratischen Klassenkampf-Jargon gern genannt wird. Vielmehr wird ein elementarer Grundsatz der Steuergerechtigkeit endlich befolgt. Tausende kleiner und mittlerer Unternehmen danken es dem Land, indem sie Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum für die Zukunft schaffen.



Sessionsrapport zum Thema

## 100 Tage Nationalrat

mit Gregor A. Rutz, Nationalrat, Vizepräsident SVP Kt. Zürich

Samstag, 23. März 2013 – 11.00 Uhr

Restaurant Schützenstube – Hesligenstrasse 115, 8700 Küsnacht  
(Buslinie 916 bis Küsnacht-Allmend)

Anschliessend sind alle Teilnehmer zu einem Apéro eingeladen!

SVP Küsnacht, Postfach 1522, 8700 Küsnacht



## LESERBRIEF

## Gewaltenteilung in Gefahr

Einmal mehr stelle ich fest, dass unsere Gewaltenteilung im Argen liegt. Meines Erachtens liegt Nationalrat Christoph Blocher vollkommen richtig, wenn er die unglaubliche Kompetenzüberschreitung des Bundesgerichtes anprangert. Dass drei von fünf Bundesrichtern – die SVP-Richter Hansjörg Seiler und Karlen nehme ich einmal aus – im Fall eines mazedonischen Drogenhändlers beschlossen haben, dass internationale Konventionen generell höher stehen als unsere souveräne Rechtsordnung, ist ein staatspolitischer Skandal und mit nichts zu rechtfertigen.

Dieser eigentliche Staatsstreich auf leisen Sohlen stellt nicht nur unsere direkte Demokratie in Frage, sondern gefährdet unsere sorgfältig austarierte

Gewaltenteilung. Wir kennen nämlich kein Verfassungsgericht. Vielmehr liegt der letzte Entscheid über die wichtigen politischen Fragen einzig beim Souverän, also bei unseren stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger. Es kann und darf nie das Ansinnen und die Kompetenz einzelner Bundesrichter sein, diese Grundordnung zu ändern. Wie können wir Stimmbürger dieser Anmassung entgegenreten?

Ich bin persönlich mehr den je der Ansicht, dass wir unbedingt mittels einer Volksinitiative das bewährte Landesrecht über das Völkerrecht stellen müssen.

René Isler,  
Kantonsrat, Winterthur

## BUNDESRAT MISSACHTET VOLKSWILLEN

## Völlig missratene Integrationsvorlage

Die vom Bundesrat verabschiedete Vorlage zu einem Integrationsgesetz wurde gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf weiter verschlechtert und ist völlig inakzeptabel. Neu soll gar ein Rechtsanspruch auf eine Niederlassungsbewilligung geschaffen werden und diese soll auch bei Nichterfüllung der Integrationskriterien nicht mehr entzogen werden dürfen. Die Vorlage wird beschönigend als «Fördern und Fordern von Integration» verkauft. Doch bei genauer Betrachtung ist nur das Fördern übriggeblieben. Die SVP wird diese Vorlage vehement bekämpfen.

SVP. Obwohl sich das Volk mit der Ablehnung des Gegenentwurfs zur Ausschaffungsinitiative deutlich gegen einen «Integrationsartikel» in der Bundesverfassung ausgesprochen hat, boxt Bundesrätin Sommaruga nun eine Vorlage im Bundesrat durch, die genau in diese Richtung geht. Vergeblich wartet das Volk hingegen heute noch auf eine Vorlage zur angemessenen Ausschaffungsinitiative. Klarer könnte der Bundesrat seine Nichtrespektierung des Volkswillens nicht zum Ausdruck bringen.

## Integration ist Aufgabe der Zugewanderten

Die SVP unterstreicht einmal mehr, dass Integration in jedem Land primär die Aufgabe der Zugewanderten und keine Aufgabe des Staates ist. Sie ist Voraussetzung für den Verbleib im Land. Die heute vom Bundesrat verabschiedete Vorlage macht hingegen daraus eine zentrale Staatsaufgabe, für welche jährlich dreistellige Millionenbeträge investiert werden sollen. Die

Erhöhung der Förderbeiträge mit der damit verbundenen Verpflichtung der Kantone, nachzuziehen, ist sowohl aus finanzpolitischer wie auch aus staatspolitischer Sicht völlig inakzeptabel. Nach der Asylindustrie will der Bundesrat nun auch noch eine zentralistische Integrationsindustrie installieren und fördern.

Der Bundesrat geht jedoch noch weiter. Er will nicht nur die Integration nach dem Giesskannenprinzip fördern, er will gar einen Rechtsanspruch auf die Niederlassungsbewilligung im Gesetz festschreiben. Damit könnten neu mit Beschwerden durch alle Instanzen Niederlassungsgesuche bis ans Bundesgericht gezogen werden. Damit entsteht eine eigentliche Kaskade von Rechtsansprüchen durch Ausländer an den Staat. Nach dieser Logik ist klar, dass wer auf welche Weise auch immer in unser Land kommt, davon ausgehen darf, dass er sich niederlassen und sich schliesslich einbürgern lassen kann. Vorläufig Aufgenommene sollen einen Rechtsan-

spruch auf Aufenthaltsbewilligung erhalten, danach soll ein Rechtsanspruch auf Niederlassungsbewilligung eingeführt werden und schliesslich auch auf Einbürgerung. Wer genug lange in der Schweiz ausharrt, soll somit automatisch einen Rechtsanspruch auf den Schweizer Pass erhalten.

## Diskussion wird umgangen

Schliesslich umgeht der Bundesrat in verschiedenen Artikeln eine politische Diskussion über heikle Punkte (wie z. B. ob vorläufig Aufgenommene ebenfalls zur Zielgruppe für Integrationsförderung gehören oder welche Sprachkenntnisse vorausgesetzt werden), indem er deren Ausgestaltung in die Kompetenz des Bundesrates legt.

Kurzum, die Vorlage ist ein Musterbeispiel, wie der Bundesrat den Willen des Volkes und die Eigenständigkeit der Kantone missachtet und seine grosse Ausländerpolitik durchsetzen will. Die SVP wird dies nicht zulassen und diese völlig missratene Gesetzesrevision mit aller Kraft bekämpfen.

## STÄNDERAT BLAMIERT SICH

## Politische Haltung – Politischer Stil

Was sich der Ständerat zum neuen Kampfflugzeug geleistet hat, kann an Lächerlichkeit kaum mehr überboten werden.



ULRICH SCHLÜER  
A. NATIONALRAT  
FLAAACH

«Im Prinzip dafür» – aber die Finanzierung wird abgelehnt. Ob solcher Unsinn nun Schule macht? «Im Prinzip für die AHV» – die Finanzierung aber wird gestoppt. «Im Prinzip für eine eigenständige Landwirtschaft» – aber Finanzierung gibt es keine. «Im Prinzip für ein leistungsfähiges Verkehrsnetz» – aber Gelder für Bau und Unterhalt gibt es keine ...

Erwartet der Wähler von jemandem, den er ins Parlament abgeordnet hat, nicht Anwesenheit zumindest bei wichtigen Abstimmungen? Erwartet er nicht auch, dass Gewählte die Standpunkte, mit denen sie von ihrer Partei zur Wahl vorgeschlagen worden sind, auch mittragen?

## Fakten

Am 5. März haben zwei bürgerliche Parlamentarier zur Kampfflugzeug-Beschaffung eine Abstimmung um die sog. «Ausgabenbremse» verpasst, der jedes hohe Finanz-Engagement des Bundes unterliegt. Deshalb werden diese wichtigen Abstimmungen im Sessionsprogramm und auf der Tages-Traktandenliste speziell hervorgehoben. Wem solches entgeht, der gehört zu den Neo-Analphabeten, aber gewiss nicht ins Parlament.

Die vorerst also gescheiterte Gripen-Finanzierung ist nicht bloss eine Groteske. Sie dokumentiert fehlende Verantwortung, unakzeptables Larifari. Dass der Ständerat in den letzten Wahlen nach links gerutscht ist, ist bekannt. Also haben in der Kleinen Kammer die notorischen Armee-Gegner zugenommen. Dass diese nie fehlen, wenn der Armee ein Rückenschuss verpasst werden kann, weiss eigentlich jeder. Dass die Armee-Gegner immer darauf spekulieren, von der arroganten Mehrheit

könnte der eine oder andere im entscheidenden Moment fehlen, kann nur Polit-Blinde überraschen. Am 5. März 2013 ist das linke Kalkül aufgegangen. Zumal es auch «Bürgerliche» gab, die auf Linkskurs einschwenkten, wofür sie – wie kalkuliert – ausgiebig Medienlob erhielten.

Präsenz-Larifari einerseits, opportunistisches Linksschwenken andererseits – wird solcher «Leistungsausweis» der sog. «Politischen Mitte» der Schweizer Armee nun den Luftschirm amputieren?

## Ausreden

Es entspreche, haben wir in vornehmer Formulierung schon öfters gehört, nicht dem «Stil des Ständerats», das Stimmenthalten einzelner Räte offenzulegen. Filmaufnahmen haben kürzlich die peinlichen Mühen und Fehler im handverlesenen Auszählen der Stimmen im Ständerat zutage gefördert. Unser Standpunkt dazu lautet: Der Wähler lebt nicht vom Stil diese Rates. Er soll die politische Haltung der Gewählten erfahren.

In der entscheidenden Abstimmung über die «Ausgabenbremse» zum Gripen-Kauf (in der ausschliesslich das «Ja» die Beschaffung ermöglicht hätte) haben folgende Ratsmitglieder aus dem vermeintlich «bürgerlichen Lager» dem linken Rückenschuss auf die Armee zum Erfolg verholfen: Fabio Abate (FDP/TI) mittels Enthaltung. Raphaël Comte (FDP/NE), Verena Diener (GLP/ZH), Christine Egerszegi (FDP/AG), René Imoberdorf (CVP/VS), This Jenny (SVP/GL), Anne Seydoux (CVP/JU) und Markus Stadler (GLP/UR) mit ihrem Nein zur Gripen-Finanzierung. So wie Jean-René Fournier (CVP/VS) und Martin Schmid (FDP/GR) durch Verpassen der Abstimmung.

«Ständerätlicher Stil» hätte deren politische Haltung vertuschen sollen. Wir veröffentlichen sie. Der Wähler soll Bescheid wissen, wie die von ihm Gewählten zur Landesverteidigung stehen.

## DIE TABUS DES SOZIALSTAATES

## Die Abzocker von unten

Vor einigen Tagen prangte uns vom Blatt mit den grossen Buchstaben in gewohnt plakativer Manier eine dicke Schlagzeile entgegen: «Wie ein junger Nichtsteuer eine ganze Gemeinde narrt.» Dabei ging es um einen 23-jährigen Schweizer, der seit der Wiege kein anderes Lebensmodell als vom Sozialstaat leben kennt und dieses wohl auch bis zur Bahre durchzuziehen gedenkt. Damit darf er jetzt mit höchstrichterlichem Segen fortfahren.



B. STEINEMANN  
KANTONSRÄTIN SVP  
WATT

Der Mann hatte seit jeder alle Briefe, Aufforderungen, Kooperationen mit allen Ämtern systematisch ignoriert, was der Sozialvorsteherin der betreffenden Gemeinde, einer Sozialdemokratin, den Kragen platzen liess: «Es geht doch nicht, dass sich ein junger, arbeitsfähiger Mann in der Sozialhilfe ausruht.» Für ihren Mut, trotz Datenschutz und Amtsgeheimnis, die sonst Missständen den Weg an die Öffentlichkeit verbarrikadieren, gebührt ihr Respekt. Sie dürfte sich damit allerdings einigen zusätzlichen juristischen Ärger eingehandelt haben.

Der Sachverhalt ist alles andere als eine Randerscheinung. Mit Sozialhilfeempfängern, die keinerlei Anzeichen erkennen lassen, den fremdfinanzierten Lebensstil verlassen zu wollen, sieht sich mittlerweile jedes Sozialamt zigfach konfrontiert. Dabei dürften schweizweit beeindruckende Summen zusammenkommen, um die Vasallas und ihre vom Volk gekappten Mondgehälter geradezu kleinlich wirken lassen.

## Juristische Schützenhilfe für sozialstaatliche Abzockerei

Kurz bevor die überfällige Debatte im Fünfbuchstaben-Blatt in Gang kam, hatten die obersten Richter der Schweiz darüber zu befinden, denn das aargauische Berikon hatte ihrem renitenten Fürsorgebezügler – im Übrigen bereits wegen Sozialhilfebetrugs aktenkundig – den Geldhahn zugekehrt. Aber was fiel unseren höchsten

Richtern zum obigen Fall ein? Mittels Spitzfindigkeiten seitenlang Missbrauch von Renitenz abzugrenzen – und im Übrigen die Gemeinde über Autonomie im Sozialbereich zu belehren. Und natürlich dem renitenten jungen Fürsorgerentner Recht zu geben.

Es gibt bekanntlich Menschen, die in Not geraten, also um ihrer Existenz willen auf Hilfe angewiesen sind. Aus diesem Grund wird die Sozialhilfe von keiner Seite in Frage gestellt. Viele Menschen hierzulande leben in bescheidenen Verhältnissen, bemühen sich um Arbeit und weisen den Gedanken, sich ans Sozialamt zu wenden, von sich. Aber darf jemand Sozialhilfe beziehen, der keine zumutbaren Anstrengungen unternimmt, selbst das Nötige zu verdienen? Er darf ...

«Skos» ist die Abkürzung für «Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe». Sie vereinigt die Funktionäre der Sozialbürokratie in Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden, man könnte sie als eine Art Gewerkschaft bezeichnen, die mittels Tarifen die Leistungen an die Fürsorgebezügler definiert hat.

## Bestens in die Fürsorge integriert

Diese Richtlinien orientieren sich an den untersten 10 Prozent des Durchschnittseinkommens, ein Abstand zu den Geringverdienenden ist gar nicht erst gewollt. In fast allen Kantonen hat der Regierungsrat diese Tarifordnungen für verbindlich erklärt – mittels Verordnung. Würden sie in Gesetzesform gepackt, so müsste sich diese Konzeption wohl einem demokratischen Votum an den Urnen stellen. Ob sie das überleben würden? Zum Grundbetrag, für Alleinstehende 986 Fr. oder einen 5-Personen-Haushalt 2386 Fr., kom-

men Zulagen für Alleinerziehende, gesundheitlich Angeschlagene oder um Arbeit Bemühte zwischen 100 bis 300 Fr. monatlich hinzu, Wohnung und KK-Prämien werden ohnehin immer übernommen. Unannehmlichkeiten wie Steuern, Zahnarztkosten, Möbelauslagen oder auch Rechnungen für Aus- und Weiterbildungen bleiben ihnen erspart. Dank Skos bietet das Schweizer Fürsorgesystem eine Art Vollkaskodeckung für alle Lebenslagen ohne Selbstbehalt. Die so definierten Leistungen bei Fürsorgeabhängigkeit sind typisch für die heutigen Zeiten des Supersozialstaates helvetischer Prägung: Rechte, Ansprüche, Forderungen – aber keine Pflichten. Entsprechend sehen die Skos-Richtlinien keinerlei Lösungen ausser einer 15-Prozent-Kürzung von den 977 Fr. Bargeld zu den Naturalleistungen im Monat vor. Mehr fällt der Skos wie auch unseren Richtern nicht ein.

Der Betroffene darf sich in seiner Haltung bestätigt fühlen. Ein Schlag ins Gesicht der lokalen Behörden, der Steuerzahler und der arbeitenden Bevölkerung.

Rückwirkend stehen ihm die ganzen Sozialgelder doch noch zu, samt Verzugszinsen und Vergütung der Rechtswegkosten. Dem Entscheid des Bundesgerichts kommt die Wirkung eines leading cases zu. Die Möglichkeit einer Einstellung von Sozialhilfegeldern bei unakzeptablem Verhalten ist damit Schnee von gestern. Und einmal mehr beweisen unsere Juristen: Rechtsempfinden und Rechtsprechung ist nicht dasselbe. Es wird Zeit, dass sich die Politik des Themas Sozialhilfe annimmt – die Richter und die Sozialbranche sind dazu definitiv nicht in der Lage.

LETZTER AUFRUF

Rettet  
unser  
Schweizer  
Gold!

Heute den Bogen  
unterschreiben  
und per A-Post an  
das Komitee schicken

www.goldinitiative.ch

Inserieren Sie erfolgreich im «Zürcher Boten» / «Zürcher Bauern»

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79

## Fadegrad

## Zürich muss sicherer werden



VON  
BRUNO SIDLER

Zürich ist sicher. Zürich ist nicht sicher. Was trifft nun zu? Wer mit wachen Sinnen durch unseren Alltag läuft, muss festhalten: Zürich ist nicht so sicher, wie gewisse Leute in ihrem Positivismus immer wieder behaupten. Einen schlagenden Beweis dafür konnte man diese Woche den Medien entnehmen. Da wurde über die Verurteilung einer Schlägerbande berichtet, die im Jahre 2011 ihr grausames Unwesen in der Stadt Zürich getrieben hatte. Vier Täter standen vor Gericht. Sechs Täter waren noch nicht 18-jährig und wurden der Jugendanwaltschaft zugeführt. Es ist nicht genug, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich die hier ansässigen Ganoven ertragen müssen. Es reicht nicht, dass wir auch noch den Kriminaltourismus aus dem Ausland ertragen müssen. Nein, auch der inländische Kriminaltourismus boomt. Die oben erwähnten Schlägertypen kamen alle aus dem Raum Aarau/Solothurn jeweils in die Stadt Zürich angereist, um nachts unschuldige Personen zu «verklopfen» und auszurauben. 38 Opfer wurden von den Jungkriminellen brutal geschädigt.

Dieses Gross-Ereignis ist aber nicht ein einzelnes Geschehen. Wer die Zeitungen aufmerksam liest, stellt fest, dass diese täglich in Kurzmeldungen über kriminelle Taten berichten. Die früher üblichen Rubriken «Unglücksfälle und Verbrechen» existieren also wieder. Leider weist das darauf hin, dass die Sicherheit in Zürich nicht so hoch ist, wie sie real sein sollte.

Am geschilderten Gerichtsfall kann man feststellen, dass es in der Justiz allmählich – leider aber nur halbwegs – zu dümmern beginnt. Die Täter müssen einen Teil ihrer Strafe wirklich absitzen. Warum hatte man aber nicht den Mut, das volle Strafmass unbedingt auszusprechen? «Verharmlosungen sollte man das nicht», sagte ein Richter. Na also. Ein als richtig erkanntes Strafmass sollte nicht aus sogenannten humanen Gründen reduziert werden. Besonders, wenn man an die oft lebenslangen Leiden der Opfer denkt. Eine Resozialisierung gelingt besser, wenn am Anfang die Einsicht über das begangene Unrecht und die Sühne stehen. Zürich muss sicherer werden. Wer sich dafür echt einsetzt, handelt politisch verantwortungsvoll.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

### Mit Radar vom ereignislosen Ratsflug zur gelungenen Landung in Dübendorf

Die Gedanken schweifen in einer so gut wie ereignislosen Sitzung des Stadtparlamentes gerne ab in Gefilde, die für Kanton und Nation wirklich von Bedeutung sind: Wir werden daher auch zeigen, wie weise der von Lokalpatrioten kritisierte Beschluss des Bundesrates war, in Dübendorf auch weiterhin einen Flugplatz zu betreiben. Zunächst geht es aber um das monotone Geplätscher, das vier Stunden lang den Rat beherrschte.



B. IM OBERDORF  
GEMEINDERAT  
SVP ZÜRICH 12

Es sülhte das Stadtparlament zunächst im Sumpf von Sozialweisungen und es flog tief in Hochbau-Vorstössen. Dass auch noch das Internet ausstieg, machte den Rat fast zum Konklave. Doch es gab keinen Rauch, liegt es in der Natur der Sache, dass sich der Schott vieler Voten als unbrennbar erweist.

#### Aus den Niederungen der Sozialweisungen ...

Im Sozialsumpf ging es um die Ausgliederung des Wohn- und Werkhauses «Waid» aus der Stadtverwaltung, ein ausserhalb der Stadtmauern liegendes Hospiz, das gemäss Stadtrat besonders wertvoll sein soll, weil dort die Abgestürzten noch Zuflucht finden.

Die Weisung zur «Stiftung Domicil» war demgegenüber bedeutungsvoller, ging es doch um Beiträge der Stadt, die auch die nächsten drei Jahre an diese Einrichtung ausgerichtet werden; die Stiftung erwirbt günstigeren Wohnraum für jene, die an oder unter dem Existenzminimum leben. Der Referent der SVP, Guido Bergmeier, Präsident der Sozialkommission, zeigte auf, was für ein Publikum sich hier

tummelt: Bei den rund drei Vierteln der Bewohner, die nicht Zürcher sind, gebe es viele, die der deutschen Sprache ohnmächtig seien und – so im Originalton – «nicht einmal eine Hausordnung lesen, geschweige denn verstehen können». Doch auch dies half nicht weiter. Schliesslich wurde einem prähistorischen Vorstoss von Bruno Kammerer aus dem Jahre 1994 – es ging um die Gestaltung des Helvetiaplatzes – die Erlösung durch Abschreibung zuteil.

#### ... zum Tiefflug im Hochbau

Im technischen Insiderkreis drehen sich Vorstösse aus dem Hochbaudepartement: Da ging es nicht nur um das «Umdefinieren» von Hochbaugebieten in Hochbauzonen, sondern auch um das Beflaggsreglement. Die Linke erwies sich bei diesem Thema als erstaunlich «zuniffreundlich».

Bei weiteren Geschäften zur Bauzonenordnung ging die Aufmerksamkeit in den Sturzflug über, wobei Daniel Reglis Votum zur Kinderbetreuung so gezielt im Tiefflug über Dächer und Hügel dröhnte, dass gar wieder Aufmerksamkeit aufzukommen drohte.

#### Flugplatz Dübendorf – Strategie für das Gemeinwohl ...

So dachte man vielleicht auch lieber an das, was Stadt, Kanton und Nation

dann wirklich mit Nachdruck betrifft. Und das ist die aktuelle Frage um die Zukunft des Flughafens Dübendorf. Der Schreibende war schon vor zehn Jahren der Meinung, man müsse diesen als strategische Reserve erhalten – für kleinere Flugzeuge wie auch die Privatfliegerei – um den Airport Kloten nötigenfalls von der Anzahl der Flugbewegungen entlasten zu können: Sollte es je so weit kommen, dass die Zahl der Flugbewegungen limitiert würde, so müssten diese auf jeden Fall dem Linienverkehr, der für Wirtschaft und Mobilität entscheidend ist, erhalten bleiben; nur dachten wir nicht allzu laut darüber nach, um die Gegner nicht dafür begehrlig zu machen, dass man mit Limitierungsforderungen auch Dübendorf einbeziehen könnte.

Und diese strategischen Überlegungen sollten sich auch als zutreffend erweisen: Es kam zu den Plafonierungsinitiativen, die zwar abgelehnt wurden – aber so sicher war dieses «Nein» auch wieder nicht – und noch weniger ist gesichert, dass solche limitierende Ansinnen nicht wieder auferstehen. So ist es sehr zu begrüssen, dass sich der Bundesrat dafür entschied, dass der Flugplatz Dübendorf dem Flugbetrieb erhalten bleibt. Wie vor einem Jahrzehnt schon angedacht, sollen die beiden Pisten dem kleinen Privat- und

dem Geschäftsverkehr zur Verfügung stehen und Kloten entlasten.

#### ... wider lokalpatriotisches Nutzniessertum

Angesichts dieser Weisheit ist die Empörung bei den Zürcher Parteien (ausser bei der SVP) und bei der Kantonsregierung nicht zu verstehen – überraschend ist dies aber nicht, da die Reichweite des kantonalen Radars offenbar nicht bis an die Landesgrenzen reicht. Noch schlimmer aber ist, dass in Zürich die Begehrlichkeiten wüthen, noch bevor überhaupt klar war, ob der Bund das Militär aus Dübendorf abzieht. So wuchsen Pläne in den Himmel, hier einen Innovationspark und dergleichen einzurichten, Projekte, die man im Gegensatz zu einem Flugplatz auch andernorts realisieren kann; doch von solchen Ansinnen hätten gewisse Gemeinden und Private reichlich profitieren können: kein Wunder, wenn da die Erwartungshaltungen ins Kraut schossen.

So meinten die potentiellen Nutzniesser, das Fell des Bären verteilen zu können, bevor dieser überhaupt erlegt war. Da ist es gut zu wissen, dass unsere Landesregierung und die SVP das Gemeinwohl auf dem Radar haben, auch auf das Risiko hin, sich bei geschäftsorientierten Zürcher Lokalpatrioten unbeliebt zu machen.

STADTRATSERSATZWahl –  
ZWEITER WAHLGANG VOM 21. APRIL 2013

### Kein Platz für Linksextreme in der Zürcher Stadtregierung

Die SVP der Stadt Zürich unterstützt auch im zweiten Wahlgang vom 21. April 2013 den FDP-Stadtratskandidaten Marco Camin.



GEMEINDERAT  
ROGER LIEBI  
PRÄSIDENT  
SVP STADT ZÜRICH

Die Unterstützung basiert im Wesentlichen auf zwei Faktoren. Erstens soll die Einsitznahme der extremen Linken im Stadtrat der stolzen und erfolgreichen Gewerbe- und Handelsstadt Zürich verhindert werden. Zweitens hat die FDP-Parteileitung und deren Stadtratskandidat die deutliche Positionierung in Bezug auf Fragen der Sicherheit und betreffend Rahmenbedingungen insbesondere für Wirtschaft, Handel und Gewerbe (sinnvolle, deideologisierte Verkehrs- und Energiepolitik, Steuern usw.) zugesagt.

#### Wirtschaftsstandort gefährdet

Die SVP der Stadt Zürich kann und will es in keiner Weise möglich machen, dass in der Stadt Zürich Politiker Einsitz in die Regierung nehmen, deren wichtigstes Ziel die verbale Einschätzung von Hausbesetzern und

zerstörenden Chaoten ist, noch dazu ohne dass sie sich andererseits um die Arbeitsplatzsicherheit von Zürcherinnen und Zürichern im freien Markt – durch Setzen erstklassiger Rahmenbedingungen – engagieren würden. Die Einsitznahme der extremen Linken gefährdet im Gegenteil den Wirtschaftsstandort – Arbeiterinnen und Arbeiter genauso wie den Mittelstand.

#### Glaubwürdige bürgerliche Positionen

Andererseits fordern wir Stadtratskandidat Marco Camin auf, die bürgerlichen Positionen vorbehaltlos und dezidiert zu vertreten. Gleichzeitig erwartet die SVP, dass Marco Camin nach seiner Wahl in den Stadtrat auch die Anliegen der SVP im Stadtrat glaubwürdig einbringt.

Im Falle einer Wahl des Kandidaten der Nachfolgepartei der kommunistischen POCH ruft die SVP die anderen Parteien mit bürgerlichem Parteiprogramm auf, zusammen mit der SVP durch eine konsequente Oppositionspolitik auf die Arroganz der Macht der Linksparteien zu reagieren.

ZUSTROM ENDLICH STOPPEN

### SVP lehnt Personenfreizügigkeit mit Kroatien ab

SVP. Eine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien lehnt die SVP entschieden ab. Insbesondere als Folge der unsteuerbaren Personenfreizügigkeit reisen Jahr für Jahr 80 000 Personen mehr in die Schweiz ein als aus. Das bedeutet einen Wanderungssaldo in der Grössenordnung der Stadt Luzern. Eine Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien würde die Situation weiter verschärfen. Die SVP fordert nun vielmehr eine rasche

Behandlung ihrer Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung», welche eine Rückgewinnung der Steuerbarkeit über die Zuwanderung ermöglicht. Im Weiteren gibt es keine Begründung für neue Kohäsionszahlungen an die EU.

Die SVP lehnt deshalb auch einen Erweiterungsbeitrag im Zusammenhang mit Kroatien in der Grössenordnung von 45 Millionen Franken entschieden ab.

KREISSCHULPFLEGEWAHLN 2014

### Nomination für das Präsidium der Kreisschulpflege Schwamendingen

Im Anschluss an die Gemeinderatswahlen vom 9. Februar 2014 werden am 18. Mai 2014 die Erneuerungswahlen für die Kreisschulpflegen in der Stadt Zürich durchgeführt. Die SVP unterstützt dabei Peter Blumer.

SVP. Als Nachfolger für den zurücktretenden SP-Schulpräsidenten nominiert die SVP-Kreispartei Zürich 12 den parteilosen Peter Blumer als Kandidaten für das Präsidium der Kreisschulpflege Schwamendingen.

Peter Blumer, geboren am 14. Juli 1962, ist Vater von drei erwachsenen Kindern, die in Schwamendingen aufgewachsen und auch hier zur Schule

gegangen sind. Als Inhaber einer Sprachschule mit fünf angestellten Lehrpersonen in Schwamendingen findet Peter Blumer breite Unterstützung und Anerkennung. Er verfügt über zukunftsorientierte und fundierte Erfahrungen in der Lehrtätigkeit und setzt sich vertieft mit Bildungsfragen auseinander.

## DER AKTUELLE VORSTOSS

### Entwicklung der Anzahl Straftaten im Stadtkreis 3 sowie Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit

Im Zürcher Stadtkreis 3 ist eine merkliche Zunahme von begangenen Straftaten festzustellen.

Diese Einschätzung aus der Bevölkerung wird auch durch die Medienmitteilungen der Stadtpolizei gestützt.

In diesem Zusammenhang bitten Roland Scheck (SVP, Kreis 3) und Roger Liebi (SVP, Kreis 3) den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Straftaten wurden im Kreis 3 innerhalb der letzten fünf Jahre registriert? Bitte um eine Gesamtübersicht, aufgeschlüsselt nach folgenden Dimensionen:

- Kalenderjahr
- Deliktart
- Nationalität der Täter (bei Schweizern unter Angabe des Anteils der Schweizer mit Migrationshintergrund. Bei Ausländern unter Angabe des Anteils Asylbewerber)
- Wohnort der Täter (zusammengefasst nach: Stadt Zürich, übrige Gemeinden Kanton Zürich, übrige Kantone, Ausland)
- 2. Welche konkreten Massnahmen unternimmt der Stadtrat, um den Zürcher Stadtkreis 3 wieder sicherer zu machen?

Inserieren Sie erfolgreich im «Zürcher Boten» / «Zürcher Bauern»

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 · Fax 044 924 20 79

**Forstpflanzen** jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

**Wildgehölze** für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

**Jungpflanzen** für Weihnachtsbäume

**Wildverbiss- und Fegeschutz** für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!



**Josef Kressibucher AG**  
Forstbaumschule  
Ast 2  
8572 Berg TG  
Tel. 071 636 11 90  
Fax 071 636 10 29  
www.kressibucher.ch

# Achtung!

Zahle **Höchstpreise**  
für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.  
**Tel. 044 822 26 11**

# WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

## ZU VERKAUFEN

**Pfähle**, teerimprägniert, (langlebig) aus Hagelnetzanlage, Länge 3,6/3,8 m, Preis Fr. 5.-/St. Peter Gräff, 8605 Gutenswil, Tel. 044 945 02 29

Einige Tonnen gutes **Boden-Heu und Emd**, blackenfrei. Tel. 044 935 26 41.

**Viereckheuraufe**, 12 Plätze für Rindvieh und Pferde, 3-jährig, an Dreipunkt, Fr. 1000.-, Zustand sehr gut, **500-l-Tränkefass Althaus**, Zustand gut, Fr. 500.-. Zu verkaufen wegen Umstellung. Telefon 078 859 65 25.

## ZU VERMIETEN

Kreis 8 (Nähe Balgrist). Von Privat per 1. Mai 2013 an ruhiger, sonniger und begehrter Lage zu vermieten neu renovierte **3-Zimmerwohnung** im 1. OG links mit Balkon. Sehr schönes Bad, neue, moderne Einbauküche, Parkettböden, Keller- und Estrichabteil. Keine Haustiere. Mietzins: Fr. 1637.- (exkl. NK) pro Monat. Auskunft und Vermietung Tel. 044 984 07 82.

Öffentliche Sessionsveranstaltung

## Rededuell gegen die Uhr



**Hans Fehr**  
Nationalrat SVP

Moderation:  
Hans-Heinrich Heusser

**Balthasar Glättli**  
Nationalrat Grüne

Montag, 25. März 2013 ab 20.00 Uhr  
Alders Restaurant, Bauelenhof, Aathal

Aktuelle Themen aus der  
März-Session



Erfolgreich  
werben  
im «Zürcher Boten»  
und  
«Zürcher Bauern»

Jetzt die  
Mediadaten 2013  
bestellen!

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70  
Fax 044 924 20 79  
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

## IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

### Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser. Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

[www.stutz-druck.ch/wuchemaert](http://www.stutz-druck.ch/wuchemaert)

#### Preise

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.-** inkl. MWSt.  
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.-** inkl. MWSt.

#### Einsendeschluss

jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

#### Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

## JETZT UNTERSCHREIBEN

### Initiative «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende»

Abgewiesene Asylsuchende verfügen über ein reiches Instrumentarium an Rechtsmitteln, um gegen Entscheide über die Verweigerung des Asyls vorzugehen und damit den Ausweisungsvollzug abzuwenden oder zu verzögern. Der Kanton Zürich schuf mit der Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende noch ein weiteres Instrument.

Diese war das Resultat von Verhandlungen mit Sans-Papiers, die in der Adventszeit 2008 die Predigerkirche besetzten.

Es gibt keinen Grund, das von Bundesrechts wegen vorgegebene Verfahren durch eine Härtefallkommission zu ergänzen.

Deshalb: Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregelter Aufenthaltsstatus!

**Unterschriftenbogen erhältlich via [www.svp-zuerich.ch](http://www.svp-zuerich.ch)  
oder Tel. 044 217 77 66**

## Bürger fragen – Kantonsräte antworten

**Theres Weber-Gachnang**  
**Hans-Peter Amrein**  
**Claudio Zanetti**  
**Rolf R. Zimmermann**

► Mittwoch, 22. Mai, 20.00 Uhr  
bei Petra & Hans Nef  
«Nef naturBuur», Neuhaus 5  
8618 Oetwil am See



Wir stehen Ihnen Red & Antwort!



## Wöchentliche Fernsehsehung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsehung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf [www.teleblocher.ch](http://www.teleblocher.ch) übertragen.

## SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

## Kantonsrat / Fraktion

Montag, 18. März 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

## SVP-STAMM

## Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

## Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

## Bezirk Dietikon / Birmensdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

## Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

## Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

## Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

## Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeweils Sonntagmorgen, ab 10.00 Uhr, Café Meier, Seuzach: 7. April, 9. Juni, 4. August, 6. Oktober und 1. Dezember 2013.

## Junge SVP Kanton Zürich

Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Partehöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch) aufgeschaltet.

## Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

## Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

## Stadt Zürich / Kreis 4 und 5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

## Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

## Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

## Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhaus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

## SVP-VERANSTALTUNGEN

## Bezirk Affoltern / Knonau

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Sasos San Gotthardo Museum. Weitere

Informationen folgen. Anmeldungen unter [svpknonau@gmail.com](mailto:svpknonau@gmail.com) oder Natel 076 771 20 60.

## Bezirk Hinwil

Montag, 25. März 2013, ab 20.00 Uhr, Alders Restaurant, Baulenhof, Aathal, öffentliche Sessionsveranstaltung zu aktuellen Themen aus der März-Session «Rededuell gegen die Uhr» mit Nationalrat Hans Fehr, SVP und Nationalrat Balthasar Glättli, Grüne. Moderation: Hans-Heinrich Heusser.

## Bezirk Meilen / Küsnacht

Samstag, 23. März 2013, 11.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Hesligenstrasse 115, Küsnacht ZH (Buslinie 916 bis Küsnacht-Allmend), Sessionsrapport zum Thema «100 Tage Nationalrat» mit Gregor A. Rutz, Nationalrat, Vizepräsident SVP Kanton Zürich. Begrüssung: Theres Weber, Kantonsrätin/Präsidentin SVP Bezirk Meilen. Grusswort: Marc Lindt, Gemeinderatskandidat FDP, Küsnacht. Anschliessend an die Veranstaltung sind alle Teilnehmer herzlich zu einem Apéro eingeladen. Die Veranstaltung ist öffentlich.

## Junge SVP Oberland-See

Freitag, 15. März 2013, 20.00 Uhr, Landgasthof zur Krone, Kronenweg 2, Russikon, ordentliche Generalversammlung 2013. Das anschliessende Referat (ab 21.15 Uhr) steht auch Gästen offen: Referat Markus Gygax (Korpskommandant und Chef Luftwaffe a. D.) zum Thema «Milizarmee und Rückblick auf die Luftwaffe als Chef Luftwaffe».

## Stadt Zürich

Donnerstag, 28. März 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Blue Monkey/Königstuhl, Stüssihofstatt 3, Zürich, Sessionsveranstaltung. Weitere Angaben folgen.

## Winterthur Stadt und Bezirk

Sonntag, 7. April 2013, 10.30–16.00 Uhr, bei Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur-Hegi (vis-à-vis Media Markt), Jazz-Matinée mit der Togg Seven Jazzband. Eintritt frei. Festwirtschaft.

## SVP-FRAUEN

## SVP-Frauen Stadt Zürich

Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhöck.

Montag, 26. August 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 28. Oktober 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventsessen.

Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

## WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 22. März 2013, 20.00 Uhr, Oetwil am See, Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Politik aktuell» im Anschluss an die Generalversammlung der SVP Oetwil a. S.

Samstag, 23. März 2013, 9.00 Uhr, Gemeindehaus, Leubringen/Evilard BE, Generalversammlung der Offiziersgesellschaft Biel-Seeland mit Referaten von Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Armeechef André Blattmann und Nationalrat Hans Fehr.

Montag, 25. März 2013, 20.00 Uhr, Alders Restaurant, Zürichstrasse 22, Aathal-Seegräben, Streitgespräch zu aktuellen politischen Themen mit Nationalrat Hans Fehr, SVP, und Nationalrätin Jacqueline Badran, SP. Veranstalterin: SVP Bezirk Hinwil.

## WEITERE VERANSTALTUNGEN

## Ausstellung des Malers Konrad Flückiger (SVP), Oberembrach

Hotel Riverside, Spinnerei-Lettenstrasse, Zweidlen-Glattfelden. Dauer der Ausstellung: 1. März bis 17. Mai 2013 ([www.konrad-flueckiger.ch](http://www.konrad-flueckiger.ch)).

## MOTORRAD-CLUB SVP

## Ausfahrten

Sonntag, 26. Mai 2013, **1. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 23. Juni 2013, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. Juli 2013, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 25. August 2013, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 15. September 2013, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

## Generalversammlung

Freitag, 19. April 2013, 19.45 Uhr (Apéro 19.15 Uhr), Trichtenhausermühle, Trichtenhauserstrasse 60, Zollikerberg.

## Höcks

Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr, **1. Höck.** Restaurant Kreuz, Bergstrasse 161, Horgenberg.

Donnerstag, 13. Juni 2013, 19.30 Uhr, **2. Höck.** Restaurant Riverside, Glattfelden/Zweidlen.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.30 Uhr, **3. Höck.** Gibswiler-Stube, Tösstalstrasse 466, Gibswil.

Dienstag, 30. Juli 2013, 19.30 Uhr, **4. Höck.** Besenbeiz Eichhof, Eichhof 361, Bachs (Treffen mit der SVP Neerach).

Dienstag, 13. August 2013, 19.30 Uhr, **5. Höck.** Restaurant Eintracht, Bahnhofstrasse 36, Elgg.

Dienstag, 10. September 2013, 19.30 Uhr, **6. Höck.** Restaurant Erpel, Türlersee, Hausen am Albis.

## Jahresschlusstreffen

Freitag, 11. Oktober 2013, Restaurant Wallberg, Eichholzstrasse 1, Volketswil.

## Sommerreise

Freitag, 2. August 2013 bis Sonntag, 4. August 2013. Weitere Angaben folgen.

## IMPRESSUM

## Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich  
Erscheint jeden Freitag

## Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–  
Nichtmitglieder Fr. 58.–  
+2,5 % Mehrwertsteuer

## Redaktion:

Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)  
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65  
[zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch)  
SVP des Kantons Zürich  
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

## Inseraten-Annahme:

**print-ad kretz gmbh**, Fredi Kretz  
Tramstrasse 11, Postfach,  
8708 Männedorf  
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79  
[inserate@zuercher-bote.ch](mailto:inserate@zuercher-bote.ch)

## Inseratenschluss:

Dienstag 17.00 Uhr  
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinsetrate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–  
+ 8 % Mehrwertsteuer

## Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG  
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil  
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22  
[info@stutz-druck.ch](mailto:info@stutz-druck.ch)

## Der Zürcher Bote

**print-ad kretz gmbh**

Tel. 044 924 20 70

Fax 044 924 20 79

[inserate@zuercher-bote.ch](mailto:inserate@zuercher-bote.ch)

## Unterzeichnen auch Sie die «Milchkuh-Initiative»



Automobilisten, Motorradfahrer, Lastwagenfahrer und andere Strassenbenützer werden zunehmend zur Milchkuh der Nation: Sie zahlen immer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren – und stehen trotzdem im Stau.

Der Grund dafür ist einfach: Die Abgaben aus dem Strassenverkehr werden nur zum Teil für den Bau und Unterhalt von Strassen und Autobahnen verwendet. Die Strassengelder versickern in der Bundeskasse oder werden zweckentfremdet.

Die «Milchkuh-Initiative» will diesen Entwicklungen einen Riegel schieben!

Weitere Informationen und Unterschriftenbogen unter [www.milchkuh-initiative.ch](http://www.milchkuh-initiative.ch).

## Vorankündigung

Vortrag von **Dr. Christoph Blocher**  
zu drei Persönlichkeiten in der «Halle für alle» in Stäfa  
**Sonntag, 15. September 2013**

Beginn der Vortrages: 15.00 Uhr

*Das definitive Programm folgt!*